



Habip Oğlu traf sich mit dem PACE-Präsidenten



Während des Arbeitsbesuchs im Rahmen der PACE-Wintersitzung traf sich die ABTTF mit dem PACE-Präsidenten Tiny Kox.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war im Rahmen der ordentlichen Wintersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) zu einem Arbeitsbesuch

in Straßburg. Während des Arbeitsbesuchs vom 23.-24. Januar 2023 brachte die ABTTF-Delegation, bestehend aus dem ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu und der ABTTF-Direktorin für internationale Angelegenheiten Melek Kirmacı Arık, die aktuellen Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien bei den Gesprächen mit den Organen vom Europarat und Politikern zur Sprache.

INHALT

Habip Oğlu traf sich mit dem PACE-Präsidenten **Seiten 1-2**



Arbeitsbesuch von ABTTF in Straßburg **Seite 2**



Chance für Veränderung! **Seite 3**



Arbeitsbesuch von ABTTF in Berlin **Seite 4**



Bei den Vereinten Nationen wurden die Probleme der West-Thrakien Türken zum Ausdruck gebracht **Seite 5**



Schriftliche Stellungnahme der ABTTF zum Abschnitt des Jahresberichts von Amnesty International über Griechenland **Seite 6**



Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission über die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien im Bildungsbereich **Seite 7**



Anfrage an die Europäische Kommission zur schriftlichen Beantwortung über Hassreden gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien **Seite 7**



Türkische Volksgruppe in West-Thrakien wird in der neuen Legislaturperiode mit vier Abgeordneten im griechischen Parlament vertreten sein **Seite 8**



Premierminister Mitsotakis verdreht weiterhin die Fakten und leugnet erneut die Identität der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien **Seite 9**



Sotiris Valden, eine der Führungspersonen von SYRIZA, forderte die Anerkennung der „türkischen“ Minderheit in West-Thrakien **Seite 9**



TRT World: „Wie Griechenland den Türken in West-Thrakien eine gute Schulbildung verweigert?“ **Seiten 10-11**



TRT World: „Wie Griechenland den Türken in West-Thrakien eine gute Schulbildung verweigert?“ **Seite 11**



In West-Thrakien, Griechenland werden 9 weitere türkische Grundschulen im kommenden Schuljahr geschlossen! **Seiten 12**



Während des zweitägigen Arbeitsbesuchs traf sich die ABTTF mit Tiny Kox (Niederlande/UEL) in seinem Büro, der am 23. Januar 2023 zum zweiten Mal zum PACE-Präsidenten gewählt wurde.

Ferner traf sich die ABTTF mit der dritten stellvertretenden Vorsitzenden des PACE-Ausschusses für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien Laura Castel (UEL/Spanien), dem Vorsitzenden der türkischen Delegation bei PACE Ahmet Yıldız und den Mitgliedern der türkischen Delegation. Darüber hinaus führte die ABTTF Gespräche mit der Leiterin der Abteilung für Vollstreckung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) des Europarates Clare Ovey und dem Präsidenten der Konferenz der INGOs des Europarates Gerhard Ermischer.

Bei dem Treffen mit der Abteilung für Vollstreckung der EGMR-Urteile wies die ABTTF darauf hin, dass unser Land Griechenland keine konkreten Schritte in Bezug auf die Fallgruppe Bekir-Ousta und andere unternommen hat, und stellte fest, dass eine marginalisierende



Haltung gegenüber den Vertretern der Vereine gezeigt wird, die die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien vertreten.



Bei den Gesprächen in Straßburg führte der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu aus, dass die Institutionen und Personen, die die türkische Gemeinschaft in West-Th-



rakien vertreten, zur Zielscheibe gemacht werden, indem sie in der Politik und den Medien otherrisiert werden. Bei dem Gespräch mit dem PACE-Präsidenten in seinem Büro sagte Habip Oğlu, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in ihrem eigenen Land durch einen Diskurs, der auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass basiert, zur Zielscheibe in der Politik und den Medien wird, und nannte als Beispiele dafür einige der letzten Ereignisse. Habip Oğlu fügte hinzu, dass, obwohl Athen der eigentliche Ort für die Lösung der Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien ist, die feindliche Haltung gegenüber unserer Gemeinschaft auch die Forderung nach einem Dialog mit den Regierenden unseres Landes behindert.

Arbeitsbesuch von ABTTF in Straßburg

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war vom 19.-21. Juni 2023 zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg im Rahmen der ordentlichen Sommer-Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE). Bei den Treffen mit den PACE-Mitgliedern und Organen des Europarates brachte die ABTTF-Delegation, bestehend aus dem ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu und der ABTTF-Direktorin für Internationale Angelegenheiten Melek Kırmacı Arık, die aktuellen Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien zur Sprache.

Bei den Gesprächen mit den Politikern und Eurokraten brachte die ABTTF-Delegation den Diskurs der Marginalisierung und Stigmatisierung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien in der Politik und den Medien vor und nach den Parlamentswahlen in Griechenland und die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Bezug auf die türkischen Vereine, die von Griechenland seit fünfzehn Jahren nicht vollstreckt wurde, sowie das diesbezüglich laufende Rechtsverfahren vor den nationalen Gerichten in Griechenland zum Ausdruck.

Während der Treffen in Straßburg stellte der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu fest, dass nachdem bei den Parlamentswahlen



am 21. Mai 2023 in Griechenland ein türkischer Kandidat die meisten Stimmen in der Präfektur Rodopi erhalten hatte, wo die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, und die Partei Nea Dimokratia (ND) nicht geschafft hatte, einzig in Rodopi die erste Partei zu werden, die türkische Gemeinschaft in der Politik und in den Mainstream-Medien unmittelbar zur Zielscheibe gemacht und marginalisiert wurde.

Darüber hinaus wies Habip Oğlu darauf hin, dass durch die Verleumdungskampag-

ne gegen die bei den Parlamentswahlen am 21. Mai aus Rodopi und Xanthi gewählten türkischen Abgeordneten versucht wurde, es zu verhindern, dass sie nicht an die Spitze der Wahllisten ihrer Parteien bei den Parlamentswahlen am 25. Juni 2023 gesetzt werden, und fügte hinzu, dass es in der Politik und den Medien versucht wird, den aus der Präfektur Rodopi gewählten türkischen Abgeordneten mit den meisten Stimmen zu diskreditieren und somit der freie Wille und die demokratische Entscheidung der WählerInnen, die für ihn gestimmt haben, missachtet werden.

Habip Oğlu betonte, dass Griechenland die EGMR-Urteile in Bezug auf die Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, nämlich die Türkischen Union von Xanthi, den Kulturverein türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi und den Jugendverein der Minderheit in der Präfektur Evros in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere in keiner Weise vollstrecken will und erinnerte daran, dass das Ministerkomitee des Europarates mit seinem Beschluss auf seiner Sitzung vom 5.-7. Juni 2023 die griechischen Behörden aufgefordert hat, dringende Maßnahmen zu ergreifen, Schritte zur Vollstreckung der genannten Urteile zu unternehmen und fügte hinzu, dass es diese Fallgruppe auf seiner Sitzung im Dezember 2023 erneut prüfen wird.

Chance für Veränderung!

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der hitzigen Wahlperiode hatte ich gesagt, dass die PolitikerInnen und das Volk verdient hätten, ab dem 25. Juni eine Pause einzulegen. Tatsächlich war die Zeit zwischen den beiden Parlamentswahlen für alle sehr bewegend, kontrovers und hitzig.

Wie jedes Jahr war ich in meinem Heimatort West-Thrakien, um mit meiner Familie meinen Sommerurlaub zu verbringen. Natürlich habe ich auch mit unseren Leuten und Vertretern unserer Volksgruppe in der Region gesprochen.

Während meines Aufenthalts in der Region nahm ich auch an der Gedenkzeremonie am Grab des Anführers unserer Volksgruppe Dr. Sadik Ahmet teil, mit dem ich zu seinen Lebzeiten viele Male auf internationaler Ebene zusammengearbeitet habe. Bei dieser Gelegenheit gedenke ich ihm noch einmal mit Barmherzigkeit und Respekt.

Während nach den Parlamentswahlen eine gewisse Trägheit, die der Sommer mit sich brachte, weiter vorherrschte, haben wir die Nachricht erhalten, dass im Schuljahr 2023-2024 neun weitere Grundschulen unserer Volksgruppe geschlossen werden.

Diese sind unsere Schulen und wir haben Bildungsautonomie. Aber wen interessiert das?! Seit 2011 ist die Zahl unserer Grundschulen Jahr für Jahr rapide zurückgegangen.

Heute besuchen 21 Kinder die griechische Grundschule auf der Insel Gökçeada in unserem Mutterland, die 2013 mit nur 4 Kindern eröffnet wurde. Es gibt 35 SchülerInnen in der dort 2015 eröffneten Sekundar- und Oberschule.

Während die Zahl unserer Grundschulen in West-Thrakien im Jahr 1995 noch 231 betrug, ist deren Zahl in den letzten 28 Jahren auf 90 gesunken, wobei im Schuljahr 2023-2024 neun weitere Grundschulen geschlossen werden.

Es wird behauptet, dass es sich um eine Praxis handelt, die im ganzen Land angewendet wird, aber die Wahrheit ist, dass der Staat nicht das Recht hat, in unsere

Schulen einzugreifen! Aus diesem Grund hat sich diese Situation, wie wir immer sagen, zu einem Instrument der systematischen Diskriminierung unserer Volksgruppe entwickelt. Die Zahl unserer Grundschulen nimmt von Tag zu Tag ab!

Und das Problem in Bezug auf zweisprachige Kindergärten geht weiter! In Xanthi sind fast die Hälfte der Bevölkerung Türken und in Rodopi sogar die Mehrheit. Doch während es in Rodopi 42 und in Xanthi 30 staatliche Kindergärten gibt, haben wir in beiden Präfekturen keinen einzigen zweisprachigen Kindergarten. Alle unsere Anfragen und Anträge blieben unbeantwortet!

Unser Land beabsichtigt, die gleiche Strategie wie in Rhodos und Kos anzuwenden! Drei türkische Schulen in Rhodos und zwei in Kos wurden 1972 geschlossen und nie wieder eröffnet. Das Hauptziel ist die Reduzierung und dann die komplette Auslöschung der türkischen Schulen auch in West-Thrakien!

Unser Land leugnet unsere türkische Identität, verbietet die Bezeichnung „Türkisch“ in den Namen unserer Vereine, schließt unsere Schulen und erkennt unsere Muftis nicht an.

Warum all diese Verhinderungen? Unser Land will unsere Autonomie im Bildungs- und Religionsbereich zunächst unter staatliche Kontrolle bringen und letztlich zerstören.

Das Hauptziel besteht darin, so darzulegen, dass es in West-Thrakien keine Türken existieren und eine solche Wahrnehmung zu schaffen. Denn es hat dies in Rhodos und Kos verwirklicht!

Auch in den Medien findet die auf Verleugnung basierende Staatspolitik ihr Echo. Die diskriminierende, stigmatisierende und marginalisierende Sprache gegenüber unserer Volksgruppe ist in den Medien vorherrschend! Das haben wir nach den Parlamentswahlen am 21. Mai sehr deutlich erlebt.

Wir haben auch erlebt, dass manche PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen in unserem Land zwischen und nach den beiden Parlamentswahlen einige positive



Aussagen zu unserer Existenz und Identität gemacht haben. Sind dies die ersten Schritte zur Veränderung?

Vielleicht spricht auch die Regierung des Sohns Mitsotakis über Veränderungen, wie sein Vater, der die Politik der Gleichheit vor dem Gesetz und gleichen Staatsbürgerschaft (Isonomia-Isopolitia) ins Leben gerufen hatte!

Allerdings muss die Regierung zunächst ihren guten Willen gegenüber unserer Volksgruppe zeigen und dementsprechend die EGMR-Urteile bezüglich unserer Vereine vollstrecken, die seit 15 Jahren nicht vollstreckt wurden.

Anschließend muss sie einen Dialogmechanismus schaffen, um gemeinsam und auf Augenhöhe Lösungen für alle unsere Probleme zu finden, indem sie sagt: „Für die Minderheit, gemeinsam mit der Minderheit“ statt „Für die Minderheit, trotz der Minderheit“.

Wir können nicht wissen, ob diese Tage kommen werden, aber dies ist der richtige Weg! Wir sind entschlossen, unsere Forderung lautstark auszusprechen!

Mit herzlichen Grüßen

Halit Habip Oğlu
ABTTF-Präsident

Arbeitsbesuch von ABTTF in Berlin

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war am 23. November 2022 zu einem Arbeitsbesuch in der deutschen Hauptstadt Berlin. Im Rahmen des Arbeitsbesuchs traf sich der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in Begleitung von ABTTF-Hauptgeschäftsstellenleiter K. Engin Soyilmaz mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) und Boris Mijatović (Bündnis 90/Die Grünen).

Hassreden gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien und aktuelle Probleme wurden zur Sprache gebracht

Bei dem Treffen wurden Hassreden und durch Hass motivierte Angriffe gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland sowie die Diskriminierungen und Rechtsverletzungen, denen die West-Thrakien-Türken ausgesetzt sind, zum Ausdruck gebracht.

ABTTF-Präsident Habip Oğlu unterstrich, dass die Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland durch den Vertrag von Lausanne von 1923 garantiert ist und sagte, dass Griechenland im Laufe der Jahre die Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Gemeinschaft durch verschiedene Gesetze und Praktiken abgeschafft hat, was im Widerspruch zu seinen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen steht.

Habip Oğlu wies darauf hin, dass Griechenland die „türkische“ Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien leugnet und behauptet, dass es innerhalb seiner Grenzen keine „Tür-



ken“ gibt, und fügte hinzu, dass Griechenland die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Bezug auf die Vereine der türkischen Gemeinschaft, nämlich die Türkische Union von Xanthi, der Kulturverein türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi und der Jugendverein der Minderheit in der Präfektur Evros, trotz aller Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarates seit mehr als 14 Jahren nicht vollstreckt hat.

Habip Oğlu sagte, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in der Politik und den Medien in Griechenland als „Feind innerhalb des Landes“ und als „Bedrohung“ betrachtet und dargestellt wird, und fügte hinzu, dass als Folge dieser negativen, auf Vorurteilen beru-

henden Wahrnehmung Hassreden und durch Hass motivierte Angriffe gegen die türkische Gemeinschaft insbesondere in letzter Zeit zugenommen haben. Als Beispiele für diese Situation nannte Habip Oğlu die Morddrohung gegen den SYRIZA-Abgeordneten Hüseyin Zeybek aus Xanthi bei einer Live-Sendung in einem lokalen Fernsehsender und den physischen Angriff auf einen türkischen Jugendlichen in Xanthi, bei dem er als „Dreckiger Türke“ beschimpft wurde.

Habip Oğlu sagte, dass Griechenland als Mitglied der Europäischen Union (EU) davon überzeugt werden muss, endlich ein Land zu sein, das wahrlich die Grundwerte und Prinzipien der EU einhält und die Rechtstaatlichkeit in vollem Umfang achtet.

Bei den Vereinten Nationen wurden die Probleme der West-Thrakien Türken zum Ausdruck gebracht

In ihrer Rede bei der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats Vereinten Nationen, an der alle Staaten, die UN-Organe und viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus aller Welt teilnahmen, sagte die ABTTF, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien als Bedrohung in ihrem eigenen Land betrachtet und deswegen zur Zielscheibe von Hassreden in der Politik und den Medien wird.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), die die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien bei den Vereinten Nationen (UN) vertritt, nahm an der 52. ordentlichen Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teil, die vom 27. Februar bis 4. April 2023 in Genf stattfindet.

Die ABTTF, die besonderen Konsultativstatus beim UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss (UN-ECOSOC) besitzt, bringt regelmäßig die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien bei den ordentlichen Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats zum Ausdruck, die dreimal im Jahr stattfinden und an denen VertreterInnen aller UN-Mitgliedstaaten teilnehmen. Als Stimme der West-Thrakien Türken bringt sie die aktuellen Probleme der türkischen Gemeinschaft zur Sprache.

In diesem Zusammenhang nahm Melek Kirmacı Arık, ABTTF-Direktorin für internationale Angelegenheiten, vom 23.-24. März 2023 an der ersten Sitzung des UN-Menschenrechtsrats des Jahres teil. Die ABTTF verfolgte die Tagesordnungspunkte „Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen Fernand de Varennes und UN-Menschenrechtsorgane und -mechanismen“ und hob in ihrer Rede die Stigmatisierung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien sowie Hassreden gegen sie hervor.

Am 23. März 2023 wies Fernand de Varennes, der zum letzten Mal als UN-Sonder-



berichtersteller für Minderheitenfragen an der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teilnahm, darauf hin, dass es versäumt wurde, konkrete Schritte zum Schutz von Minderheiten sowie ihrer Menschenrechte und Identitäten zu unternehmen. Der Sonderberichterstatter forderte alle Staaten auf, der Vernachlässigung und Untätigkeit im Bereich der Minderheitenrechte ein Ende zu setzen, und forderte die Vorbereitung eines ständigen Forums und einen neuen Vertrag für Minderheitenrechte.

In ihrer Rede am 24. März 2023 erinnerte die ABTTF daran, dass Menschenrechtsverteidi-

ger wegen ihrer Äußerungen und Aktivitäten zur Verteidigung der Rechte einer Minderheit nicht stigmatisiert, zur Zielscheibe gemacht oder irgendeiner Form von Hassreden ausgesetzt werden dürfen, wie auf dem UN-Forum für Minderheitenfragen im Dezember 2022 diskutiert wurde, und wies darauf hin, dass in Griechenland die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in der Politik und den Medien als Bedrohung betrachtet wird.

ABTTF unterstrich, dass in Griechenland die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien systematisch und strukturell diskriminiert wird, und wies darauf hin, dass die VertreterInnen der türkischen Gemeinschaft aufgrund der in Politik und den Medien verbreiteten Hassreden zur Zielscheibe werden. ABTTF kritisierte die Stigmatisierung der VertreterInnen der türkischen Gemeinschaft durch einige Medien und sagte, dass sie durch die Veröffentlichung ihrer Fotos zur Zielscheibe gemacht wurden. Unter Hinweis darauf, dass es auch in der Politik Hassreden gegen die türkischen Abgeordneten im griechischen Parlament gibt, fügte ABTTF hinzu, dass der SYRIZA-Augeordnete Hüseyin Zeybek aus Xanthi während einer Live-Sendung in einem im lokalen Fernsehsender in Xanthi von einem Zuschauer mit dem Tod bedroht wurde.

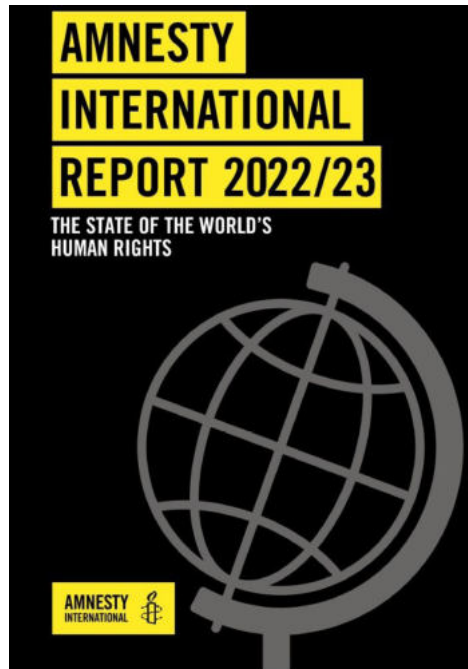
Die ABTTF wies auf die Auswirkungen der Politik auf den Diskurs und die Sprache in den Mainstream-Medien und unterstrich, dass die Nutzung der Medien als Mittel der Provokation und Manipulation, die zu Feindseligkeiten gegenüber Angehörigen einer bestimmten Gruppe führen könnten, verhindert werden sollte.

Schriftliche Stellungnahme der ABTTF zum Abschnitt des Jahresberichts von Amnesty International über Griechenland

ABTTF-Präsident: „Als ABTTF haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme über die Probleme unserer Gemeinschaft und die Diskriminierung, der sie ausgesetzt ist, berichtet, und gefordert, dass sich die Amnesty International in ihren Berichten in folgenden Jahren auch auf Minderheitenrechte fokussiert. In der Tat bilden Minderheitenrechte einen integralen Bestandteil der Menschenrechte.“

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat eine schriftliche Stellungnahme zum Abschnitt des Berichts 2022/23 von Amnesty International über Griechenland erstellt und sie an die Organisation gesendet. Die ABTTF hat die Amnesty International über die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Zusammenhang mit den im Abschnitt des Berichts über Griechenland genannten Themen berichtet. In dem Jahresbericht von Amnesty International wird die Situation der Menschenrechte in der Welt untersucht.

ABTTF wies darauf hin, dass nach den gemäß dem Recht auf Versammlungsfreiheit und friedlichen Protest organisierten Demonstrationen der Türken, die griechische Staatsbürger und Teil der Gemeinschaft in Griechenland sind, gerichtliche Ermittlungen eingeleitet wurden, und erklärte, dass sieben Monate nach der von der Türkischen Union von Xanthi (XTU), die wegen des Wortes „Türkisch“ in seinem Na-



men geschlossen wurde, am 10. Juli 2022 organisierten Kundgebung, um gegen die Nichtvollstreckung durch Griechenland des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zugunsten der Union und die Nichtwiederherstellung ihrer offiziellen Förmlichkeit zu protestieren, Ermittlungen gegen den XTU-Vorsitzenden und die anderen elf Vertreter der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien eingeleitet wurde, mit der Begründung, dass die Pandemieregeln bei der Kundgebung nicht befolgt wurden.

ABTTF betonte, dass die von der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gewählten Muftis von Komotini und Xanthi mehrfach wegen angeblicher „Aneignung des Mufti-Amtes“ strafrechtlich verfolgt wurden, und fügte hinzu, dass der gewählte Mufti von Komotini İbrahim Şerif und der ehemalige gewählte Mufti von Xanthi Ah-

met Mete, der inzwischen verstorben ist, zu Haftstrafen verurteilt wurden.

In ihrer schriftlichen Stellungnahme verwies die ABTTF auch durch Hass motivierte Angriffe und Hassreden gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland, und führte aus, dass im August 2022 in Xanthi eine Gruppe von etwa 20 Jugendlichen einen 16 Jahre alten Jugendlichen, der der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehört, zusammengeschlagen und ihn dabei als „Dreckigen Türke“ beschimpft haben. Die ABTTF fügte auch hinzu, dass der SYRIZA-Abgeordnete Hüseyin Zeybek aus Xanthi während einer Live-Sendung im lokalen Fernsehsender von einem Zuschauer, der per Telefon zugeschaltet war, mit dem Tod bedroht wurde. „Die Amnesty International, die eine der weltweit führenden Nichtregierungsorganisationen im Bereich Menschenrechte, hilft durch detaillierte Recherchen und entschlossene Kampagnen bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Als ABTTF haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme über die Probleme unserer Gemeinschaft und die Diskriminierung, der sie ausgesetzt ist, berichtet, und gefordert, dass sich die Amnesty International in ihren Berichten in folgenden Jahren auch auf Minderheitenrechte fokussiert. In der Tat bilden Minderheitenrechte einen integralen Bestandteil der Menschenrechte“, sagte der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu.

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission über die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien im Bildungsbereich

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments Loránt Vincze (Rumänien, EPP), François Alfonsi (Frankreich, Die Grünen/EFA), Herbert Dorfmann (Italien, EPP) und Yana Toom (Estland, Renew) haben eine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission zum Thema "Zugang zur hochwertigen vorschulischen Bildung für Kinder, die einer autochthonen Volksgruppe in West-Thrakien (Griechenland) angehören" gerichtet.

In der Anfrage, die auf Initiative der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) von den vier Europaabgeordneten gemeinsam unterzeichnet und eingereicht wurde, wird darauf hingewiesen, dass die in Griechenland lebende türkische Volksgruppe in West-Thrakien das Recht hat, im Rahmen der ihr gewährten Autonomie im Bildungswesen ihre eigenen Schulen zu gründen und zu verwalten, aber aufgrund des staatlic-



hen Vorgehens die Zahl der zweisprachigen türkischen Grundschulen sinkt.

Unter Hinweis darauf, dass es in West-Thrakien nicht einmal einen zwe-

isprachigen Minderheitenkindergarten gibt, und dass die griechischen Behörden die Forderungen der türkischen Volksgruppe nach einem privaten Kindergarten unbeantwortet lassen, wird in der Anfrage ausgeführt, dass der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung zur gesunden Entwicklung und zum Bildungserfolg der Kinder beiträgt, und dass die Tatsache, dass den Kindern, die der türkischen Volksgruppe angehören, die Vorschulziehung in ihrer Muttersprache beraubt wird, zur Bildungsungleichheit führt.

Die vier Europaabgeordneten fragt die Europäische Kommission, welche Schritte die Europäische Kommission zu unternehmen gedenkt, um die Bildungsrechte der Kinder, die der türkischen Volksgruppe angehören, gemäß der Charta der Grundrechte und der EU-Gesetzgebung zu gewährleisten.

Anfrage an die Europäische Kommission zur schriftlichen Beantwortung über Hassreden gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien

François Alfonsi (Frankreich, Die Grünen/EFA), Mitglied des Europäischen Parlaments, hat eine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission über Hassreden und systematische Diskriminierung gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, Griechenland gerichtet.

In seiner Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission stellt der Europaabgeordnete Alfonsi, mit dem sich die Föderation West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) im Rahmen ihrer Lobbyarbeit bei dem Europäischen Parlament in der Vergangenheit mehrmals getroffen hat, fest, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die eine auto-



chthone Minderheitsgemeinschaft ist, Hassreden in der Politik und in den Medien in Griechenland ausgesetzt sei, und fügt hinzu, dass der SYRIZA-Abgeordnete aus Xanthi, Hüseyin Zeybek, während einer Live-Übertragung auf einem lokalen Fernsehsender von einem Zuschauer mit dem Tod bedroht wurde, indem er ihn beschul-

digte, ein „Spion der Türken“ zu sein.

Alfonsi fragt die Europäische Kommission, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, um die Rechtsstaatlichkeit in Griechenland gegen Hassreden und durch Hass motivierte Angriffe zu stärken und die Grundrechte von Personen mit unterschiedlichem Hintergrund zu schützen. Darüber hinaus fragt Alfonsi, welche Schritte die Europäische Kommission unternehmen wird, um sicherzustellen, dass die Angehörigen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, die EU-Bürger sind, in ihrem eigenen Land Griechenland vor Diskriminierung und Hass geschützt werden.

*Foto: www.anadoluiimages.com

Türkische Volksgruppe in West-Thrakien wird in der neuen Legislaturperiode mit vier Abgeordneten im griechischen Parlament vertreten sein

ABTTF-Präsident: „Wir fordern, dass die neue Regierung der Nea Dimokratia aus ihren Fehlern in den letzten vier Jahren lernt, sich aufrichtig mit den Problemen unserer Volksgruppe befasst und bei den Reformarbeiten in den Bereichen, die uns unmittelbar betreffen, von Anfang an einen direkten Dialog mit uns sucht und mit uns berät.“



Die Partei Nea Dimokratia (ND) unter der Führung von Kyriakos Mitsotakis, der in den letzten vier Jahren das Amt Premierministers innehatte ist, hat die am 25. Juni 2023 in unserem Land Griechenland stattgefundenen Parlamentswahlen gewonnen. Den Wahlergebnissen zufolge gewann die ND mit 40,5 Prozent der Stimmen 158 Abgeordnete in dem 300 Sitze umfassenden Parlament. Die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) gewann 48 Sitze mit 17,83 Prozent, die PASOK-KINAL 32 Sitze mit 11,84 Prozent, die Kommunistische Partei (KKE) 20 Sitze mit 7,69 Prozent, die Partei Spartaner 12 Sitze mit 4,63 Prozent, die Partei Griechische Lösung 12 Sitze mit 4,44 Prozent, die Demokratische Patriotische Bewegung - Sieg 10 Sitze mit 3,69 Prozent und die Partei Kurs der Freiheit 8 Sitze mit 3,17 Prozent.

Während die ND bei den Parlamentswahlen mit einer Wahlbeteiligung von 52,84 Prozent die Anzahl von 151 Sitzen übertraf, die für eine Alleinregierung erforderlich waren, wird die extreme Rechte durch die drei Parteien Spartaner, Sieg und Griechische Lösung im griechischen Parlament vertreten sein.

Wie bei den Parlamentswahlen am 21.

Mai wurden auch bei den Parlamentswahlen am 25. Juni dieselben vier Kandidaten aus der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien als Abgeordnete gewählt. In der Präfektur Rodopi, wo die SYRIZA die meisten Stimmen erzielte, wurde der SYRIZA-Kandidat Özgür Ferhat als Abgeordneter wiedergewählt. In der Präfektur Xanthi zogen der SYRIZA-Kandidat Hüseyin Zeybek und der PASOK-KINAL-Kandidat Burhan Baran erneut ins griechische Parlament ein. Während bei den Parlamentswahlen die SYRIZA in Rodopi mit 33,60 Prozent die erste Partei war, belegte die ND in Xanthi mit 30,32 Prozent den ersten Platz.

Der ND-Vorsitzende Kyriakos Mitsotakis wurde am 26. Juni 2023 für seine zweite Amtszeit von vier Jahren als Premierminister vereidigt. Das neue Kabinett, bestehend aus 64 Mitgliedern, darunter der Premierminister, die Minister, die stellvertretenden Minister und die Vize-Minister, legte am 27. Juni 2023 den Eid im Präsidentenpalast ab.

Bezüglich der Wahlergebnisse gab Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), die folgende Erklärung ab: „Nach dem 21. Mai haben wir am 25. Juni wieder Parlamentswahlen gehabt.

Unsere Volksgruppe, die wie noch nie zuvor vor einer Parlamentswahl in der Politik und der Mainstream-Medien zur Zielscheibe gemacht und einem Diskurs der Marginalisierung und Stigmatisierung ausgesetzt wurde, hat am 25. Juni durch ihren freien Willen an der Wahlurne die beste Antwort darauf gegeben und vier türkische Abgeordnete aus den Präfekturen Rodopi und Xanthi mit ihren Stimmen erneut ins Parlament gesendet. Trotz aller Leugnungspolitik unseres Landes zeigen die Wahlergebnisse vom 25. Juni einmal mehr deutlich unsere Präsenz in unserer Region und unsere Macht mit unserem Wahlpotenzial. Der Premierminister Mitsotakis deutete in seiner Erklärung unmittelbar nach den Wahlergebnissen an, dass die neue Regierung wichtige Reformen in unserem Land durchführen werde. Wir fordern, dass die neue Regierung der Nea Dimokratia aus ihren Fehlern in den letzten vier Jahren lernt, sich aufrichtig mit den Problemen unserer Volksgruppe befasst und bei den Reformarbeiten in den Bereichen, die uns unmittelbar betreffen, von Anfang an einen direkten Dialog mit uns sucht und mit uns berät.“

*Foto: www.anadoluimages.com

Premierminister Mitsotakis verdreht weiterhin die Fakten und leugnet erneut die Identität der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien

ABTTF-Präsident: „Wir wollen von unserem Premierminister keine leeren Worte mehr hören, die die Tatsachen verdrehen, und fordern, dass unsere Rechte, die uns genommen wurden, unverzüglich wiederhergestellt werden und der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz in die Praxis umgesetzt wird.“



Während der Parlamentsdebatte über das Programm der neuen Regierung verwies der Premierminister unseres Landes Griechenland, Kyriakos Mitsotakis, auch auf die türkische Volksgruppe in West-Thrakien. In seiner Rede wies Mitsotakis darauf hin, dass gleiche Rechte und gleiche Gesetze wichtige Werte sind und letztendlich einen vollständigen Inhalt haben sollten, und sagte „Unsere griechisch-muslimischen BürgerInnen sollten das Gefühl haben, dass sie in der Praxis die gleichen Chancen haben wie unsere christlichen BürgerInnen. Und sie sollten wissen, dass sie keine fremden Beschützer brauchen, die mit ihrer Einmischung spalten und nicht vereinen wollen.“

„Der Premierminister Mitsotakis bezeichnete uns in seiner Rede vor dem Parlament als ‚griechische Muslime‘ und leugnete noch

einmal unsere Identität. Obwohl Mitsotakis beharrlich die Existenz unserer Volksgruppe leugnet, ist die Wahrheit offensichtlich, wie die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen zeigen. Trotz der marginalisierenden und stigmatisierenden Hassreden in der Politik und den Mainstream-Medien vor den Wahlen setzte sich unsere Volksgruppe für ihre Identität ein, indem sie die türkischen Kandidaten in den Präfekturen Rodopi und Xanthi wählte und sendete eine klare Botschaft an die Regierung: ‚Wir sind Türken, leben seit Jahrhunderten in diesem Territorium und sind loyale BürgerInnen mit unserer türkischen Identität‘. Wie ich schon oft gesagt habe, ist die Lösung der Probleme unserer Volksgruppe nur dann möglich, wenn unser Land einen direkten Dialog mit uns aufbaut! Mitsotakis behauptet jedoch, dass wir die gleichen Chancen haben wie die Mehrheitsbevölkerung, indem

er die Fakten erneut verdreht und nicht den Tatsachen entsprechende Darstellung der Situation vermittelt. In der Praxis passiert jedoch genau das Gegenteil! Unsere durch die Verträge garantierte Bildungs- und Religionsautonomie wurde uns im Laufe der Jahre durch verschiedene Gesetze und Praktiken genommen. Unser Land respektiert nicht einmal das Recht unserer Kinder auf Bildung in ihrer Muttersprache, indem es in unserer Region keine zweisprachigen Minderheitenkindergärten zulässt. Unser Land, das die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf unsere drei Vereine seit 15 Jahren nicht vollstreckt hat, verletzt weiterhin unsere Vereinigungsfreiheit und missachtet das Völkerrecht. Wir wollen von unserem Premierminister keine leeren Worte mehr hören, die die Tatsachen verdrehen, und fordern, dass unsere Rechte, die uns genommen wurden, unverzüglich wiederhergestellt werden und der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz in die Praxis umgesetzt wird“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluimages.com

Sotiris Valden, eine der Führungspersonen von SYRIZA, forderte die Anerkennung der „türkischen“ Minderheit in West-Thrakien

ABTTF-Präsident: „Die umsichtigen PolitikerInnen unseres Landes, wie Valden, merken auch, dass die Wahrheit nicht länger verborgen werden kann, und sprechen ganz offen, dass unser Land unsere Präsenz in West-Thrakien und unsere türkische Identität nicht länger leugnen kann, und diese Verleugnungspolitik dem friedlichen und harmonischen Zusammenleben in unserer Region sowie den Interessen unseres Landes auf internationaler Ebene schadet.“



Sotiris Valden, Mitglied des Sekretariats der Abteilung für Europapolitik der Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) und Kandidat seiner Partei bei der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) im Jahr 2019, forderte die Anerkennung der Minderheit in West-Thrakien als „türkisch“. In seinem Artikel vom 29. Juni 2023 auf der Nachrichtenseite iefimerida.gr wies Valden auf die Anerkennung der Minderheit in West-Thrakien als „türkisch“ und stellte fest, dass dies aufgrund der Grundsätze,

die auch für die griechische Demokratie gelten, und internationalen Verpflichtungen notwendig ist. Valden führte aus, dass die Anerkennung der Minderheit in West-Thrakien als „türkisch“ zur Verbesserung der Atmosphäre innerhalb der Minderheit beitragen wird, und fügte hinzu, dass dieser Zustand auch zur Stärkung der Beziehungen zum Nachbarland Türkei beitragen wird.

„Die Tatsache, dass Sotiris Valden, eine der Führungspersonen von SYRIZA, in seinem Artikel darauf hinwies, dass unser Land die Minderheit in West-Thrakien als „türkisch“ anerkennen sollte, ist ein Bekenntnis zur Wahrheit! Die umsichtigen PolitikerInnen

unseres Landes, wie Valden, merken auch, dass die Wahrheit nicht länger verborgen werden kann, und sprechen ganz offen, dass unser Land unsere Präsenz in West-Thrakien und unsere türkische Identität nicht länger leugnen kann, und diese Verleugnungspolitik dem friedlichen und harmonischen Zusammenleben in unserer Region sowie den Interessen unseres Landes auf internationaler Ebene schadet. Wir leben seit Jahrhunderten als Türken auf diesem Territorium und sind loyale BürgerInnen unseres Landes. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Wahrheit durch seine Urteile gegen unser Land bezüglich unserer drei Vereine bestätigt. Unser Land muss endlich aufhören, uns andere Identitäten aufzuzwingen und unsere Existenz anerkennen. Ebenso hat unsere Volksgruppe bei den letzten Parlamentswahlen ihre Antwort auf die Verleugnungspolitik unseres Landes uns gegenüber erneut an der Wahlurne auf die demokratischste Weise gegeben“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

TRT World: “Wie Griechenland den Türken in West-Thrakien eine gute Schulbildung verweigert”

Halit Habip Oğlu: “Der Hauptzweck all dieser Hindernisse besteht darin, so zu tun, als gäbe es keine türkische Präsenz in West-Thrakien, das heißt, zu versuchen, dies durch die Schaffung einer auf Verleugnung basierenden Wahrnehmung in die Realität umzusetzen.”

In dem am 27. Juli 2023 auf der Webseite von TRT World, dem englischsprachigen Sender der türkischen Radio- und Fernsehanstalt (TRT) veröffentlichten Artikel wurden die Bildungsprobleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien eingehend analysiert. In dem Artikel mit dem Titel “Wie Griechenland den Türken in West-Thrakien eine gute Schulbildung verweigert?”, der die Interviews mit den Personen und Institutionen, die die türkische Volksgruppe in West-Thrakien vertreten, beinhaltet, wird auch auf das Interview mit Halit Habip Oğlu, dem Präsidenten der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), verwiesen.

In dem Artikel wird festgestellt, dass Athen trotz des Status und der Rechte, die durch den Friedensvertrag von Lausanne gewährt wurden, die Bildungsrechte der türkischen Bevölkerung in West-Thrakien mit Hindernissen in der Schulbildung vernachlässigt, und die türkischen Jugendlichen, die aufgrund der mangelnden wirtschaftlichen Entwicklung in der Region arbeitslos wurden, die Region verlassen mussten.

How Greece denies proper education to Turks in Western Thrace

Despite protection under the Lausanne Peace Treaty, Athens has neglected the educational rights of a large ethnic Turk population – restricting qualified teachers and bilingual kindergartens and leaving Turkish youth unemployed.

 AYŞE BETÜL AYTEKİN



Unter Bezugnahme auf internationale Berichte wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass Griechenland trotz des autonomen Status und der Bildungsrechte, die durch den Vertrag von Lausanne gewährt wurden, ein schlecht organisiertes und vernachlässigtes Bildungssystem geschaffen hat, indem es bei der Umsetzung des besagten Vertrags eine unregelmäßige Struktur gebildet hat. Es wird ausgeführt, dass die griechische Regierung seit 2011 die türkischen Grundschulen unter dem Vorwand „mangelnde Schülerzahl“ systematisch geschlossen hat, und unterstrichen, dass mit dem Beschluss des griechischen Ministeriums für Bildung und religiöse Angelegenheiten neun weitere türkische Grundschulen in den Präfekturen Rodopi und Xanthi geschlossen wurden.

In dem Artikel, der die Interviews mit Hakan Efendi, der in West-Thrakien die Schule besuchte, Vorsitzendem des türkischen Lehrervereins von West-Thrakiens (BTTÖB) Aydın Ahmet, dem Rechtsanwalt und Vorsitzenden der Union der Schulräte der Minderheitenschulen in West-Thrakien und dem ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oglu beinhaltet, wird darauf hingewiesen, dass die türkische Identität geleugnet wird und nach 1972 das Wort “türkisch” aus den Schildern der türkischen Grundschulen entfernt wurde. Es wird ausgeführt, dass die Zahl der türkischen Grundschulen von 231 im Jahr 1995 auf heute 90 zurückgegangen ist. In dem Artikel wird auch auf das Problem bezüglich der Kindergärten verwiesen. Der Artikel bezieht sich auf die Aussage von Halit Habip Oğlu, und

es wird unterstrichen, dass weil der Staat der türkischen Volksgruppe nicht erlaubt, Minderheitenkindergärten zu eröffnen, es keinen einzigen türkischen Kindergarten in Xanthi und Rodopi gibt, dagegen aber 42 öffentliche Kindergärten in Rodopi und 30 in Xanthi gibt. In dem Artikel wird erwähnt, dass die Angehörigen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus und der institutionellen Diskriminierung türkischer Jugendlicher nicht gleichermaßen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, obwohl sie alle griechische StaatsbürgerInnen sind, und auch auf das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region hingewiesen, indem es auf die Aussage von Halit

Habip Oglu verwiesen wird: “Die Migration ins Ausland nimmt zu und die Bevölkerung in West-Thrakien nimmt ab, da in unserer Region, die eine der wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Regionen unseres Landes ist, keine Arbeitsplätze geschaffen werden.“

In dem Artikel heißt es, dass Athen die türkische Volksgruppe nicht als eine “türkische Minderheit”, sondern als eine “muslimische Minderheit” bezeichnet, wobei man annimmt, dass die Verleugnung der türkischen Identität die Spaltung der Gesellschaft nur verewigt und den Aufbau einer integrativen Gesellschaft behindert. Dabei bezieht sich der Artikel auf die Aussage von Halit Habip Oglu und zitiert seine

Worte, um den Grund dieser Situation zu erklären: “Der Hauptzweck all dieser Hindernisse besteht darin, so zu tun, als gäbe es keine türkische Präsenz in West-Thrakien, das heißt, zu versuchen, dies durch die Schaffung einer auf Verleugnung basierenden Wahrnehmung in die Realität umzusetzen.”

Der in englischer Sprache verfasste Artikel auf der Webseite von TRT World ist unter folgendem Link erreichbar: <https://www.trtworld.com/discrimination/how-greece-denies-proper-education-to-turks-in-western-thrace-14217228>

Wir verurteilen den abscheulichen Angriff auf den türkischen Friedhof in Polianthos (Narlıköy)

Am 3. September 2023 wurden die Gräber im türkischen Friedhof im Dorf Polianthos (Narlıköy) in der Präfektur Rodopi, West-Thrakien, Griechenland von unbekannt Personen geschändet. Bei dem Angriff wurden zwanzig Grabsteine beschädigt. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Angriffs auf den Friedhof ein.



Als Präsidium der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) verurteilen wir aufs Schärfste den abscheulichen Angriff auf den türkischen Friedhof im Dorf Polianthos (Narlıköy). Dieser Angriff auf unseren Friedhof ist

ein Angriff auf die türkische Volksgruppe in West-Thrakien und unsere Religion. Wir fordern, dass dieser abscheuliche Angriff von den zuständigen Behörden unter-

sucht wird und die Täter gefasst und vor Gericht gestellt werden.

*Foto: www.gundemgazetesi.com



In West-Thrakien, Griechenland werden 9 weitere türkische Grundschulen im kommenden Schuljahr geschlossen!

ABTTF-Präsident: „Dieser jüngste Beschluss des Bildungsministeriums, unsere Schulen zu schließen, steht, wie die bisherigen, auch völlig im Widerspruch zum Vertrag von Lausanne! Wir fordern unser Land auf, die Schließung unserer Grundschulen, die einen klaren Verstoß gegen unsere Bildungsautonomie darstellt, unverzüglich zu beenden und einen direkten Dialog mit uns aufzunehmen, bevor es Entscheidungen bezüglich unserer Schulen trifft.“

Im Schuljahr 2023-2024 werden 9 weitere Grundschulen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, Griechenland unter dem Vorwand des Schülermangels geschlossen.

Das Ministerium für Bildung, religiöse Angelegenheiten und Sport unseres Landes beschloss, dass in sieben Dörfern in der Präfektur Rodopi und in zwei Dörfern in der Präfektur Xanthi die türkischen Grundschulen geschlossen werden. Laut dem besagten Beschluss werden die türkischen Grundschulen in Amaranta (Yahyabeyli), Darmeni (Değirmendere), Amfia (Hacimustafaköy), Kato Kardamos (Gerdeme), Porpi (Ortakışla), Salpi (Sasallı) and Stilarion (Baraklı) in der Präfektur Rodopi sowie in Eora (Salıncak) and Palio Zigo (Mizanlı) in der Präfektur Xanthi geschlossen.

Laut dem ministerialen Beschluss, dass im Rahmen der wirtschaftlichen Sparmaß-



nahmen in unserem Land Griechenland landesweit Grundschulen mit weniger als 9 Schülern geschlossen werden sollten, ist seit 2011 die Zahl der Grundschulen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die einen autonomen Status haben, rapide zurückgegangen. In den Jahren 2021, 2022 und 2023 wurden jeweils 12, 4 und 9 türkische Grundschulen geschlossen. Während die Zahl der türkischen Grundschulen in West-Thrakien im Jahr 1995 231 betrug, sank deren Zahl nach dem jüngsten Beschluss in den letzten 28 Jahren auf 90.

„Unser Land schließt weiterhin unsere Grundschulen mit autonomem Status und missachtet damit unsere durch den Vertrag von Lausanne garantierte Bildungsautonomie. Dieser jüngste Beschluss des Bildungsministeriums, unsere Schulen zu schließen, steht, wie die bisherigen, auch völlig im Widerspruch zum Vertrag von Lausanne! Unser Land, das bei jeder Gelegenheit unser Mutterland dazu aufruft, die Bestimmungen des Vertrags von Lausanne einzuhalten und das Recht der griechisch-orthodoxen Minderheit in unserem Mutterland auf Bildung zu respektieren,

sieht darin keinen Schaden, gegen den Lausanner Vertrag zu verstoßen, wenn es um die türkische Volksgruppe in West-Thrakien geht! Obwohl wir das Recht haben, unsere eigenen Schulen zu gründen, zu verwalten und zu kontrollieren, hat unser Land im Laufe der Jahre durch zahlreiche Gesetze und Praktiken ständig in unsere Bildungsautonomie eingegriffen. Das Ziel liegt auf der Hand: Unser Land will unsere Bildungsautonomie vollständig abschaffen, indem es mit der Zeit alle unsere autonomen Schulen schließt. Andererseits besuchen heute 60 Kinder den Kindergarten und die Grundschule auf der Insel Imbros (Gökçeada), die im Einklang mit der Forderung der griechisch-orthodoxen Minderheit, mit der wir das gleiche Schicksal teilen, 2013 mit Unterstützung unseres Mutterlands mit nur 5 Kindern eröffnet wurden, aber unsere Grundschulen in benachbarten oder nah beieinander liegenden Dörfern in West-Thrakien in den letzten Jahren eine nach der anderen geschlossen. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl unserer Grundschulen von 226 auf 90 gesunken. Wir fordern unser Land auf, die Schließung unserer Grundschulen, die einen klaren Verstoß gegen unsere Bildungsautonomie darstellt, unverzüglich zu beenden und einen direkten Dialog mit uns aufzunehmen, bevor es Entscheidungen bezüglich unserer Schulen trifft“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.gundemgazetesi.com

ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org
+49 2302 913291

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τουρκόφωνων Δυτικής Θράκης
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Hauptbüro
Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brüsseler Büro
Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

ABTTF Athener Büro
24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyulmaz Editor: Merve Öztiryaki